

**ERNST RUDOLF HUBER - WOLFGANG HUBER**

**STAAT UND KIRCHE  
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT**

**VIERTER BAND**

**DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN**

ERNST RUDOLF HUBER – WOLFGANG HUBER

Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert

Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts



ERNST RUDOLF HUBER - WOLFGANG HUBER

# Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert

Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts

Band IV

Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik



D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Hergestellt mit Hilfe der  
Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften  
und anderer wissenschaftlicher Stiftungen

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Staat und Kirche im 19. [neunzehnten] und 20. Jahrhundert:**  
Dokumente zur Geschichte d. dt. Staatskirchenrechts / Ernst  
Rudolf Huber; Wolfgang Huber. — Berlin: Duncker u.  
Humblot.  
NE: Huber, Ernst Rudolf [Hrsg.]

Bd. 4. Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik. —  
1988

**Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik /** Ernst  
Rudolf Huber; Wolfgang Huber. — Berlin: Duncker u.  
Humblot, 1988  
(Staat und Kirche im 19. [neunzehnten] und 20. Jahrhundert; Bd. 4)  
ISBN 3-428-06362-7  
NE: Huber, Ernst Rudolf [Hrsg.]

Alle Rechte vorbehalten  
© 1988 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41  
Gedruckt 1988 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61  
Printed in Germany  
ISBN 3-428-06362-7

## Vorwort

Die fünfzehn Jahre der Weimarer Republik gehören zu den bedeutenden Krisenepochen der deutschen Geschichte. Für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gilt dies in besonderem Maß. Deshalb ist diesem Zeitabschnitt im Rahmen der vorliegenden Dokumentation ein eigener Band gewidmet. Er stellt die spannungsvollen Entwicklungen, die mit der Novemberrevolution anheben, in einem dreifachen Durchgang dar. Der Teil A dokumentiert die für alle Religionsgemeinschaften gültigen Grundentscheidungen und das die beiden großen Kirchen in gleicher Weise bestimmende Geschehen. Der Teil B ist den besonderen Vorgängen in der katholischen Kirche, der Teil C entsprechend den bedeutenden Entwicklungen in den evangelischen Kirchen zugewandt.

Der Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik, der sich in der Novemberrevolution vollzog, verwandelte die rechtliche Stellung der Kirchen im und zum Staat tiefgreifend. Die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden Gewalten wurden in der Form, die das 19. Jahrhundert ihnen gegeben hatte, in Frage gestellt. Das nun ausgerufene Programm der Trennung von Kirche und Staat, das zu den leitenden Verfassungsgrundsätzen der sozialdemokratischen Parteien gehörte, konnte indessen in höchst gegensätzlichem Sinn verstanden werden. Es konnte in den Dienst der individuellen wie der korporativen Religionsfreiheit treten; es konnte aber auch staatlichen Eingriffen in das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen zur Rechtfertigung oder zum Vorwand dienen.

Beide Konzeptionen waren schon zu Beginn der Weimarer Zeit deutlich erkennbar. Auf der einen Seite erhob der Rat der Volksbeauftragten in dem Aufruf an das deutsche Volk vom 12. November 1918 (Dokument Nr. 1) das Recht der freien Religionsausübung zu einem seiner programmatischen Grundsätze. Auf der anderen Seite verfocht der preußische Kultusminister Adolph Hoffmann ein Konzept der Trennung von Staat und Kirche, das, wenn es sich durchgesetzt hätte, ein schwerer Eingriff in die korporative Religionsfreiheit, damit aber auch in das religiöse Selbstbestimmungsrecht der einzelnen gewesen wäre. Eindrücklich tritt dieses Konzept in der bisher unveröffentlichten Denkschrift hervor, die Alfred Dieterich in Hoffmanns Auftrag bereits im November 1918 ausgearbeitet hat (Dokument Nr. 5). Dieser Gegensatz innerhalb des revolutionären Lagers zeigte sich während der Weimarer Anfangszeit besonders kraß in den Auseinandersetzungen um den kirchlichen Einfluß auf das Schulwesen, um die eigenständige Entwicklung des kirchlichen Finanzsystems und um die Modalitäten des Kirchenaustritts.

Mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung und ihren auch in der Bundesrepublik fortgeltenden staatskirchenrechtlichen Verfassungsbestimmungen fand dieser Grundkonflikt der Weimarer Anfänge eine Lösung, die einen großen Teil der im 19. Jahrhundert entwickelten Prinzipien aufnahm. So wie auch im 19. Jahrhundert in allem Streit zwischen Staat und Kirche sich schließlich das

Bemühen um einen befriedigenden Ausgleich behauptet hatte, fand sich auch nun ein Ergebnis, dem die verschiedenen Seiten zuzustimmen vermochten. Auch wer darin einen inkonsequenten Kompromiß sieht und sich dafür auf die Formel von Ulrich Stutz beruft, das Weimarer Staatskirchenrecht habe eine "hinkende Trennung" von Kirche und Staat hervorgebracht, wird diesem Weimarer Kompromiß schon um seiner erstaunlichen Dauerhaftigkeit willen seinen Respekt zollen müssen. Darüber hinaus werden die im vierten Band vereinigten Dokumente deutlich machen, daß es in den Weimarer Verfassungsentscheidungen, besonders in denen der frühen Zeit, exemplarisch gelungen ist, die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Kirche mit der Anerkennung des Öffentlichkeitscharakters der Kirchen dauerhaft zu verbinden. Dagegen ist es, wie die Vielzahl gescheiterter Anläufe zu einem Reichsschulgesetz zeigt, in der Weimarer Zeit nicht gelungen, dem neuen Verhältnis von Staat und Kirche auch im Schulbereich eine überzeugende Form zu geben.

Die Verfassung der Republik veränderte die Möglichkeiten kirchlichen Einwirkens auf staatspolitische Konfliktlagen ebenso, wie sie die Rückwirkungen staatspolitischer Spannungen auf die Kirchen verstärkte. Nach der Natur der Sache waren beide Kirchen von vielen der großen politischen Streitfragen der Epoche unmittelbar und in vergleichbarem Maß betroffen: so vor allem von den Auseinandersetzungen über die Beurteilung des Versailler Friedensvertrags, über die Einstellung zu der aus der Revolution hervorgegangenen republikanischen Staatsform und über die geeigneten Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krisen. Gleichwohl ist unverkennbar, daß der Zusammenhalt des Protestantismus in der Weimarer Zeit weit stärkeren Belastungen durch politische Grundkonflikte ausgesetzt war, als dies für den Katholizismus galt. Nur im Hinblick auf die evangelischen Kirchen läßt sich sagen, daß es in der Weimarer Zeit zu einem tiefgreifenden innerkirchlichen Konflikt "ethischer Konfessionen" gekommen sei. Darin setzte sich eine Entwicklung fort, die in der Bildung innerkirchlicher Parteien bereits während des 19. Jahrhunderts angebahnt war.

Vor allem aber wirkte sich — anders als im katholischen Bereich — die Novemberrevolution unmittelbar auf das innere Verfassungsrecht der evangelischen Kirchen aus. Das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments nötigte die evangelischen Kirchen zu einem Neubau ihrer Verfassungen. Zwar konnten sie dabei an die überlieferte Verbindung konsistorialer und synodaler Verfassungselemente anknüpfen. Bei der Antwort auf die vordringliche Frage, in wessen Händen das Kirchenregiment künftig liegen solle, wiesen die evangelischen Landeskirchen zunächst — wenn auch in unterschiedlicher Bestimmtheit — eine bischöfliche Lösung zurück. Um so schneller wandten sie sich allerdings dieser Lösung zu, als 1933 auch die politischen Umstände dies nahelegten.

Wie die staatliche Umwälzung von 1918 zur beschleunigten Neuformung des Staatsverfassungsrechts nötigte, erzwang sie auch die umfassende Neukodifikation des evangelischen Kirchenverfassungsrechts. Erst seitdem verfügten die evangelischen Landeskirchen über eigenständige, den Repräsentationen des Staats gleichwertige oberste Vertretungsorgane. Strittige Fragen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche ließen sich hinfort auf dem Weg der vertraglichen Verständigung beheben. Das Weimarer Staatskirchenrecht wurde in betontem Sinn zum Vertragsrecht, und zwar auf der Basis einer paritätischen Rechtsposition der beiden großen Kirchensysteme. So setzte sich denn auch im Verlauf der Weimarer Jahre schließlich die Einsicht durch, daß die Konkordate des Staats mit der katholischen

Kirche und die Staatsverträge mit den evangelischen Kirchen juristisch in gleicher Weise als koordinationsrechtliche Verträge *sui generis* zu verstehen seien. Noch wichtiger als die staatlich-kirchlichen Finanzverträge, die im wesentlichen die Zuweisung von Staatsleistungen an die Kirchen zum Gegenstand hatten, wurden die staatlich-kirchlichen Generalverträge, die eine Vielzahl von Verfassungs- und Verwaltungsfragen zwischen Staat und Kirche regelten. Gerade auch in diesen vertragsrechtlichen Elementen hat das Staatskirchenrecht der Weimarer Zeit über die Jahre des NS-Regimes hinaus Bestand behalten.

Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind in Deutschland auch heute noch weitgehend von den Weimarer Grundentscheidungen bestimmt. Zu ihnen zählen insbesondere die Entscheidungen für die wechselseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat, für den Öffentlichkeitscharakter der Kirchen sowie für ihre Selbständigkeit in der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten, für die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte und schließlich für die Möglichkeit der umfassenden Regelung gemeinsamer Angelegenheiten in konkordatsrechtlicher Form.

Die Übergabe der politischen Macht in Deutschland an das totalitäre Regime wirkte zwar auch auf das staatlich-kirchliche Verhältnis tief ein. Für die Beziehungen von Kirche und Staat läßt der Einschnitt des Jahres 1933 sich jedoch nicht einfach auf den 30. Januar 1933 datieren. Der Schnittpunkt liegt auch nicht bei dem 5. März 1933, dem Tag der Reichstagswahl, oder bei dem 23. März 1933, dem Tag der Garantieerklärung für die Kirchen und der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Die Einordnung der beiden großen Konfessionskirchen in den Staat der „nationalen Revolution“ kam vielmehr durch ein Doppelereignis zu einem vorläufigen Abschluß: durch die Unterzeichnung und Ratifikation des Reichskonkordats auf der einen, durch die Vereinbarung und die reichsgesetzliche Bestätigung der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche auf der anderen Seite. Der vierte Band schließt deshalb nicht mit dem 30. Januar 1933 ab. Vielmehr endet der Teil über das katholische Kirchenwesen mit dem Kapitel über das Reichskonkordat, der Teil über das evangelische Kirchenwesen mit dem Kapitel über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche.

Mit der Vorlage dieses Bandes kommt ein Vorhaben zum Ziel, dessen Durchführung die beiden Herausgeber vor rund zwei Jahrzehnten begonnen haben. Sie sind dankbar dafür, daß ihnen der gemeinsame Abschluß dieser Publikation vergönnt ist. Ihr Umfang und ihr Inhalt sind über die ursprüngliche Planung hinausgewachsen. An den editorischen Grundsätzen hat sich in der langen Zeit der Bearbeitung nichts geändert. Für sie darf deshalb auf die Vorworte der früheren Bände verwiesen werden. Sach-, Personen- und Ortsregister sowie ein chronologisches Verzeichnis der wiedergegebenen Dokumente sollen so bald wie möglich in einem Registerband nachfolgen.

Im Rückblick auf die Arbeit im Ganzen wie besonders am vierten Band haben die Herausgeber einer Vielzahl von Personen und Institutionen zu danken. Zahlreiche Archive und Bibliotheken haben die Arbeit gefördert. Insbesondere hat das Evangelische Zentralarchiv in Berlin durch seinen Leiter Dr. Hartmut Sander die Edition mit einer großen Zahl von Auskünften und Dokumenten selbstlos unterstützt. Dr. Jonathan Wright in Oxford hat sich großzügig bereit erklärt, sein Recht zur Veröffentlichung der Denkschrift von Alfred Dieterich (Nr. 5) im Rahmen dieses



Bandes wahrzunehmen. Der Hauptteil der Ermittlung und Ordnung des dokumentarischen Materials lag bei dem jüngeren Herausgeber, von dem auch in diesem Band die Entwürfe für die Einführungen zu den Textgruppen und den Anmerkungsapparat stammen. Dabei fand er vielfältige Unterstützung bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Marburg und Heidelberg. An diesen Arbeiten waren zu unterschiedlichen Zeiten Gernot Gerlach, Wolfgang Heger, Norbert Manterfeld, Ralph Möllers, Alfred Roos und Rupprecht Stiefel beteiligt. Ute Wolfsdorf hat die langwierige Aufgabe der Texterfassung übernommen; Anna Frese und Wolfgang Heger haben die Hauptlast der Korrekturarbeiten getragen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat die Arbeiten an diesem Band und an den Registern durch eine namhafte Sachbeihilfe entscheidend gefördert. Auch für diesen Band stand eine Druckkostenbeihilfe der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften und anderer Stiftungen zur Verfügung. Der Verlag Duncker & Humblot hat sich des Gesamtwerks mit Umsicht und Sorgfalt angenommen.

Allen Genannten gilt der aufrichtige und herzliche Dank der Herausgeber. Besonders aber danken sie Tula Huber-Simons und Kara Huber-Kaldrack, die dieses Vorhaben von Beginn an durch ihre Ermutigung und Hilfe begleitet haben.

Freiburg und Heidelberg, im Oktober 1987

E. R. H. W. H.

#### **Vermerk zur Zitierweise**

Die Abkürzung „Staat und Kirche“ bezieht sich auf die anderen Bände dieses Quellenwerks.

Die Abkürzung „Verfassungsgeschichte“ verweist auf: *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. I — VII, Stuttgart 1957ff.

Die Abkürzung „Dokumente“ bezeichnet: *E. R. Huber*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1 — 3, Stuttgart 1961ff.

# Inhaltsübersicht

## Teil A

### Allgemeines Staatskirchenrecht in der Weimarer Zeit

#### Erstes Kapitel

#### Die Folgen des Staatsumsturzes für die Stellung der Kirchen

<i>I. Die Gewährleistung der Religionsfreiheit</i> .....	1
Nr. 1. Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk (12. November 1918) .....	2
<i>II. Die Trennung von Staat und Kirche</i> .....	3
Nr. 2. Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats des Freistaats Hessen (10. November 1918) .....	6
Nr. 3. Aufruf der preußischen Regierung (13. November 1918) .....	6
Nr. 4. Aufruf der sächsischen Regierung an das sächsische Volk (18. November 1918) .....	8
Nr. 5. Denkschrift von Alfred Dieterich für das preußische Kultusministerium über die Trennung der Kirchen vom Staat (November 1918) .....	8
Nr. 6. Richtlinien Adolph Hoffmanns für die Arbeit des preußischen Kultus- ministeriums (27. November 1918) .....	14
Nr. 7. Stellungnahme von Konrad Haenisch zu den Richtlinien von Adolph Hoffmann (7. Dezember 1918) .....	15
<i>III. Kirchliche Proteste gegen die Trennung von Kirche und Staat</i> .....	16
Nr. 8. Protestschreiben des Erzbischofs von Köln, Kardinal v. Hartmann, an die preußische Regierung (19. November 1918) .....	18
Nr. 9. Erklärung des Arbeitsausschusses der Allgemeinen Evangelisch-Luthe- rischen Konferenz zur Trennung von Staat und Kirche (26. November 1918) .....	18
Nr. 10. Resolution des Deutschen Protestantenvereins zur Trennung von Staat und Kirche (27. November 1918) .....	20

Nr. 11. Beschlüsse der Generalsynode der badischen Landeskirche (28./29. November 1918) .....	21
Nr. 12. Gemeinschaftliche Ansprache des Evangelischen Oberkirchenrats, des Generalsynodal-Vorstandes und der Vertrauensmänner der altpreußi- schen Landeskirche an die Gemeinden (30. November 1918) .....	22
Nr. 13. Schreiben des preußischen Staatsministeriums an den Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann (3. Dezember 1918) .....	24
Nr. 14. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann (7. Dezember 1918) .....	24
Nr. 15. Hirtenschreiben der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe (17. Dezember 1918) .....	25
Nr. 16. Hirtenschreiben der preußischen Erzbischöfe und Bischöfe (20. Dezember 1918) .....	27
Nr. 17. Kundgebung der Gesamtsynode der Provinz Schleswig-Holstein zur Zeitlage (23. Dezember 1918) .....	31
Nr. 18. Schreiben der preußischen Regierung an den Evangelischen Oberkir- chenrat (9. Januar 1919) .....	33
<i>IV. Der Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments in Preußen</i> .....	33
Nr. 19. Ansprache des Evangelischen Oberkirchenrats der altpreußischen Landeskirche an die Gemeinden (10. November 1918) .....	36
Nr. 20. Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, betreffend das Verhalten der Geistlichen gegenüber der jetzigen Staatsgewalt (15. November 1918) .....	37
Nr. 21. Erlaß des preußischen Kultusministeriums, betreffend Abänderung des allgemeinen Kirchengebets (28. November 1918) .....	38
Nr. 22. Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt (20. März 1919) .....	38
Nr. 23. Schreiben des Oberkirchenrats der altpreußischen Landeskirche an die preußische Regierung (26. März 1919) .....	38
Nr. 24. Eingabe des Generalsynodalvorstands der altpreußischen Landeskir- che an die preußische Landesversammlung (2. April 1919) .....	39
Nr. 25. Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch an den Ober- kirchenrat der altpreußischen Landeskirche (11. Juni 1919) .....	41

V. <i>Der Eingriff des preußischen Kultusministeriums in die Leitung der evangelischen Landeskirchen</i> .....	42
Nr. 26. Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Evangelischen Oberkirchenrat (5. Dezember 1918) .....	43
Nr. 27. Zweites Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Evangelischen Oberkirchenrat (5. Dezember 1918) .....	44
Nr. 28. Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrats an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (13. Dezember 1918) .....	45
Nr. 29. Schreiben des Regierungsbeauftragten Ludwig Wessel an den preußischen Oberkirchenrat (11. Januar 1919) .....	46
Nr. 30. Schreiben des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Evangelischen Oberkirchenrat (13. Januar 1919) .....	47
VI. <i>Der Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments in den übrigen deutschen Staaten</i> .....	47
Nr. 31. Bekanntmachung der Oberkirchenbehörde Württembergs (12. Dezember 1918) .....	50
Nr. 32. Provisorisches kirchliches Gesetz, die evangelische Kirchenregierung in Baden betreffend (20. November 1918) .....	51
Nr. 33. Kirchliches Gesetz, die evangelische Kirchenregierung in Baden betreffend (11. Dezember 1918) .....	51
Nr. 34. Bekanntmachung des hessischen Oberkonsistoriums, die rechtliche Stellung des Oberkonsistoriums betreffend (7. Dezember 1918) .....	52
Nr. 35. Kirchengesetz über die Kirchenregierung der evangelischen Kirche Hessens (28. August 1919) .....	52
Nr. 36. Kundgebung der oldenburgischen Landessynode und des oldenburgischen Oberkirchenrats an sämtliche Mitglieder der Landeskirche (10. Dezember 1918) .....	53
Nr. 37. Oldenburgisches Kirchengesetz, betreffend die infolge Wegfalls des Kirchenregiments des Großherzogs erforderlichen vorläufigen Bestimmungen (10. Dezember 1918) .....	54
Nr. 38. Beschluß des Staatsministeriums von Sachsen-Altenburg, betreffend Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments (28. Mai 1919) .....	55
Nr. 39. Gesetz, betreffend die vorläufige Regelung des Kirchenregiments in der anhaltischen evangelischen Landeskirche (10. Juni 1919) .....	55

Nr. 40. Bekanntmachung des Senats der Freien und Hansestadt Lübeck, den Erlaß einer neuen Kirchenverfassung der evangelisch-lutherischen Kirche im Lübeckischen Staate und eines kirchlichen Wahlgesetzes betreffend (17. Dezember 1921) .....	56
<i>VII. Die Regelung des Kirchenaustritts</i> .....	56
Nr. 41. Preußisches Gesetz, betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden (13. Dezember 1918) .....	57
Nr. 42. Braunschweigisches Gesetz über den Austritt aus der Kirche (23. Januar 1919).....	58

## **Zweites Kapitel**

### **Der Kampf um die Schule in Preußen**

<i>I. Das Ende der geistlichen Schulaufsicht</i> .....	59
Nr. 43. Erlaß über die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht (27. November 1918) .....	61
Nr. 44. Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch an den Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann, über die geistliche Schulaufsicht (9. Januar 1919).....	61
Nr. 45. Erlaß über die Ortsschulaufsicht (15. Februar 1919) .....	61
Nr. 46. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ortsschulinspektionen (18. Juli 1919).....	62
<i>II. Die Aufhebung des Religionszwangs in der Schule</i> .....	62
Nr. 47. Erlaß über den Schulunterricht (15. November 1918) .....	63
Nr. 48. Erlaß über die Aufhebung des Religionszwangs in der Schule (29. November 1918) .....	63
<i>III. Die kirchlichen Proteste gegen die Schulerlasse</i> .....	65
Nr. 49. EntschlieÙung einer Versammlung in Köln an den preußischen Kultusminister Hoffmann gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts (3. Dezember 1918) .....	66
Nr. 50. Protestschreiben des Erzbischofs von Köln, des Kardinals v. Hartmann, im Namen der preußischen Bischöfe gegen die Entchristlichung der Schule (16. Dezember 1918) .....	67
Nr. 51. Ansprache des Evangelischen Oberkirchenrats an Lehrer und Eltern, betreffend den Religionsunterricht in den Schulen (Dezember 1918).....	68

<i>IV. Die Abmilderungserlasse vom Dezember 1918</i> .....	68
Nr. 52. Nähere Anweisungen zur Durchführung des Erlasses vom 29. November 1918 (18. Dezember 1918) .....	69
Nr. 53. Abmilderungserlaß (28. Dezember 1918) .....	70
Nr. 54. Schreiben von Konrad Haenisch an Adolph Hoffmann (31. Dezember 1918) .....	70
<i>V. Die Religionserlasse vom April/Mai 1919</i> .....	72
Nr. 55. Regierungserklärung des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch (25. März 1919) .....	72
Nr. 56. Erlaß über den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen (1. April 1919) .....	74
Nr. 57. Erlaß über die Bestätigung der Religionslehrer an höheren Schulen (13. Mai 1919) .....	75
<i>VI. Die Religionserlasse vom 22. August und 15. Oktober 1919</i> .....	75
Nr. 58. Erlaß über die Teilnahme von Lehrern und Schülern an kirchlichen Veranstaltungen und die Befreiung vom Religionsunterricht (22. August 1919) .....	75
Nr. 59. Erlaß über die Befreiung vom Religionsunterricht (15. Oktober 1919) .....	76

### Drittes Kapitel

#### Der Kampf um die Schule in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten

<i>I. Die schulpolitischen Maßnahmen in Sachsen</i> .....	77
Nr. 60. Verordnung des sächsischen Kultusministeriums an die Bezirksschulinspektoren über den Unterricht in biblischer Geschichte und den Katechismusunterricht in den Volksschulen (2. Dezember 1918) .....	78
Nr. 61. Verordnung des sächsischen Kultusministeriums über die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht (6. Dezember 1918) .....	78
Nr. 62. Verordnung des sächsischen Kultusministeriums über Ortsschulaufsicht und Schulleitung (11. Dezember 1918) .....	78
Nr. 63. Protest der katholischen geistlichen Behörden Sachsens gegen den Erlaß, betreffend den Religionsunterricht (2. Januar 1919) .....	79
Nr. 64. Bekanntmachung des apostolischen Generalvikars für Sachsen, Bischof Dr. Löbmann (29. Januar 1919) .....	79

Nr. 65. Übergangsgesetz für das Volksschulwesen (22. Juli 1919) .....	79
<i>II. Die Aufhebung des Religionsunterrichts in Hamburg und Bremen</i> .....	80
Nr. 66. Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg, betreffend die Aufhebung des Religionsunterrichts (7. Dezember 1918) .....	81
Nr. 67. Presseerklärung des Arbeiter- und Soldatenrats Hamburg zur Aufhebung des Religionsunterrichts (9. Dezember 1918) .....	81
Nr. 68. Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats Bremen, betreffend Religionsunterricht, Geschichtsunterricht, usw. (7. Januar 1919) .....	82
<i>III. Die Entscheidungen des Reichsgerichts vom 4. November 1920</i> .....	82
Nr. 69. Entscheidung des Reichsgerichts über die Beseitigung des Religionsunterrichts in Sachsen (4. November 1920) .....	83
Nr. 70. Entscheidung des Reichsgerichts über die Beseitigung des Religionsunterrichts in Hamburg, Altona und Umgebung (4. November 1920) .....	85
Nr. 71. Entscheidung des Reichsgerichts über die Beseitigung des Religionsunterrichts in Bremen (4. November 1920) .....	85
<i>IV. Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht in Bayern</i> .....	86
Nr. 72. Verordnung der Regierung des Volksstaats Bayern, betreffend Beaufsichtigung und Leitung der Volksschulen (16. Dezember 1918) .....	86
Nr. 73. Erklärung der bayerischen Bischofskonferenz (18. Dezember 1918) .....	87
Nr. 74. Erklärung des Protestantischen Oberkonsistoriums an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus (24. Dezember 1918) .....	88
<i>V. Der Konflikt um den Religionsunterricht in Bayern</i> .....	88
Nr. 75. Verordnung über den Besuch des Religionsunterrichts (25. Januar 1919) .....	89
Nr. 76. Protesterklärung des bayerischen Episkopats gegen die Verordnung des Kultusministers Johannes Hoffmann über den Besuch des Religionsunterrichts (28. Januar 1919) .....	90
Nr. 77. Hirtenbrief des Erzbischofs von München und Freising, Kardinal Faulhaber, an die Gläubigen seines Erzbistums (29. Januar 1919) .....	91

Nr. 78. Protest des Protestantischen Oberkonsistoriums in München gegen die Verordnung über den Besuch des Religionsunterrichts (29. Januar 1919).....	92
Nr. 79. Ansprache des Protestantischen Oberkonsistoriums in München an die Gemeindeglieder über den Religionsunterricht (31. Januar 1919).....	94
Nr. 80. Beschluß der Protestversammlung der katholischen Pfarrvorstände, Prediger und Religionslehrer Münchens im Asamsaal (31. Januar 1919).....	95
Nr. 81. Denkschrift der Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns über das Schulwesen (25. Mai 1919).....	96
Nr. 82. Verordnung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, den Besuch des Religionsunterrichts betreffend (6. Mai 1920).....	97
<i>VI. Die Neuregelung des Religionsunterrichts in Württemberg</i> .....	98
Nr. 83. Gesetz über die Abänderung einiger Bestimmungen der Schulgesetze (17. Mai 1920).....	98
<i>VII. Der Religionsunterricht in Baden</i> .....	99
Nr. 84. Vollzugsvorschrift des badischen Ministers für Kultus und Unterricht Herrmann Hummel zu § 19 Abs. 3 der badischen Verfassung (20. Juni 1919).....	100
<i>VIII. Die Befreiung vom Religionsunterricht in Oldenburg</i> .....	101
Nr. 85. Bekanntmachung über die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht (20. November 1919).....	101
<i>IX. Der Konflikt um den Religionsunterricht in Braunschweig</i> .....	102
Nr. 86. Erlaß des braunschweigischen Landeskonsistoriums, betreffend die kirchliche Unterweisung der der evangelisch-lutherischen Landeskirche angehörenden Schulkinder (27. Mai 1919).....	103
Nr. 87. Erlaß des braunschweigischen Landeskonsistoriums, betreffend kirchlichen Religionsunterricht (16. August 1919).....	104
Nr. 88. Erlaß des braunschweigischen Ministers für Volksbildung Otto Grotewohl (20. Oktober 1923).....	105



**Viertes Kapitel****Die Neuordnung des deutschen Staatskirchenrechts in der Reichsverfassung**

<i>I. Die Regierungsentwürfe zur Weimarer Reichsverfassung</i> .....	107
Nr. 89. Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung („Preußischer Entwurf“) (20. Januar 1919) .....	108
Nr. 90. Regierungsvorlage zur deutschen Reichsverfassung (21. Februar 1919) .....	108
<i>II. Kirchliche Kritik an den Verfassungsentwürfen</i> .....	109
Nr. 91. Verwahrung des bayerischen Oberkonsistoriums an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zum Entwurf der Reichsverfassung (7. Februar 1919) .....	110
Nr. 92. Eingabe des Oberkirchenrats der altpreußischen Landeskirche an die Nationalversammlung in Weimar (22. Februar 1919) .....	112
Nr. 93. Schreiben des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an die Nationalversammlung in Weimar, betreffend die Wahrung der Rechte der deutschen evangelischen Landeskirchen (13. März 1919) .....	115
Nr. 94. Eingabe des Oberkirchenrats der altpreußischen Landeskirche an die Nationalversammlung in Weimar und an die preußische Landesversammlung (13. März 1919) .....	117
<i>III. Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung über das Verhältnis von Staat und Kirche</i> .....	118
Nr. 95. Verhandlung über die Glaubensfreiheit im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung (1. bis 3. April 1919) .....	119
Nr. 96. Entwurf des Verfassungsausschusses für die Reichsverfassung (3. April 1919) .....	126
<i>IV. Die Weimarer Reichsverfassung</i> .....	127
Nr. 97. Die Verfassung des Deutschen Reichs (11. August 1919) .....	128
<i>V. Kirchliche Stellungnahmen zur Reichsverfassung</i> .....	132
Nr. 98. Eingabe der Fuldaer Bischofskonferenz an die Reichsregierung (24. August 1919) .....	133
Nr. 99. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, betreffend die Trennung von Kirche und Staat (31. Januar 1920) .....	134

**Fünftes Kapitel****Das Staatskirchenrecht der deutschen Länder**

<i>I. Der Freistaat Preußen</i> .....	136
Nr. 100. Verfassung des Freistaats Preußen (30. November 1920) .....	137
<i>II. Der Freistaat Bayern</i> .....	138
Nr. 101. Verfassungsurkunde des Freistaats Bayern (14. August 1919) .....	138
<i>III. Der freie Volksstaat Württemberg</i> .....	140
Nr. 102. Verfassung Württembergs (25. September 1919) .....	140
<i>IV. Die demokratische Republik Baden</i> .....	141
Nr. 103. Badische Verfassung (21. März 1919) .....	142
<i>V. Der Volksstaat Hessen</i> .....	143
Nr. 104. Hessische Verfassung (12. Dezember 1919) .....	143
<i>VI. Der Freistaat Sachsen</i> .....	144
Nr. 105. Verfassung des Freistaats Sachsen (1. November 1920) .....	144
<i>VII. Der Freistaat Thüringen</i> .....	145
Nr. 106. Bekanntmachung wegen Übernahme der die Religionsgesellschaften betreffenden Staatsverwaltungsgeschäfte (27. Dezember 1921) .....	146
<i>VIII. Der Freistaat Oldenburg</i> .....	146
Nr. 107. Verfassung für den Freistaat Oldenburg (17. Juni 1919) .....	147
<i>IX. Der Freistaat Braunschweig</i> .....	148
Nr. 108. Verfassung des Freistaats Braunschweig (6. Januar 1922) .....	149
<i>X. Die Hansestädte, insbesondere Bremen</i> .....	149
Nr. 109. Verfassung der Freien Hansestadt Bremen (18. Mai 1920) .....	150

**Sechstes Kapitel****Die Regelung des Kirchenaustritts**

<i>I. Der Freistaat Preußen</i> .....	151
Nr. 110. Gesetz, betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts (30. November 1920) .....	152
Nr. 111. Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats über das Verhalten der Kirche zu den Ausgetretenen (20. Dezember 1920) .....	153
<i>II. Der Freistaat Bayern</i> .....	155
Nr. 112. Bekanntmachung über den Vollzug des § 17 Abs. III der Verfassungsurkunde des Freistaats Bayern (Austritt aus einer Religionsgesellschaft) (16. Januar 1922) .....	155
<i>III. Der Freistaat Sachsen</i> .....	156
Nr. 113. Gesetz, betreffend den Kirchenaustritt (4. August 1919) .....	156
<i>IV. Der Freistaat Thüringen</i> .....	157
Nr. 114. Kirchenaustrittsgesetz (8. Juli 1922) .....	157
<i>V. Der Freistaat Anhalt</i> .....	158
Nr. 115. Gesetz über den Austritt aus Religionsgesellschaften (31. März 1920) .....	159
<i>VI. Der Freistaat Oldenburg</i> .....	160
Nr. 116. Gesetz über den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts (18. Mai 1922) .....	160
<i>VII. Die Freie und Hansestadt Hamburg</i> .....	161
Nr. 117. Gesetz, betreffend den Austritt aus einer staatlich anerkannten religiösen Gemeinschaft (15. Dezember 1919) .....	161
<i>VIII. Der Freistaat Lippe</i> .....	162
Nr. 118. Gesetz, betreffend den Austritt aus einer Religionsgemeinschaft (16. Mai 1919) .....	

**Siebentes Kapitel****Finanzwesen und Vermögensverwaltung der Kirchen**

<i>I. Das kirchliche Finanzwesen nach der Novemberrevolution</i> .....	163
Nr. 119. Denkschrift des Trennungsausschusses der Vertrauensmänner der altpreußischen evangelischen Landeskirche (25. Februar 1919) .....	166
<i>II. Reichsrechtliche Bestimmungen zum kirchlichen Finanzwesen</i> .....	168
Nr. 120. Reichsabgabenordnung (13. Dezember 1919) .....	169
Nr. 121. Landessteuergesetz (30. März 1920) .....	170
Nr. 122. Erlaß des Reichsministers der Finanzen, betreffend die Übertragung der Verwaltung der Kirchensteuern auf die Landesfinanzämter und Fi- nanzämter (11. Juli 1921) .....	170
Nr. 123. Erlaß des Reichsministers der Finanzen, betreffend die Übertragung der Verwaltung der katholischen Kirchensteuern auf die staatlichen Finanzämter (29. Juli 1921) .....	171
<i>III. Die Staatsleistungen für die Pfarrerbesoldung in Preußen</i> .....	172
Nr. 124. Gesetz über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Diensteinkommens der Geistlichen der evangelischen Landeskirchen (17. Dezember 1920) .....	172
Nr. 125. Gesetz über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Diensteinkommens der katholischen Pfarrer (17. Dezember 1920) .....	173
Nr. 126. Gesetz über die Weitergewährung von Mitteln für die wirtschaftliche Versorgung der Pfarrer der evangelischen Landeskirchen und der katholi- schen Kirche (Pfarrbesoldungsgesetz) (30. April 1928) .....	174
<i>IV. Die Preußischen Kirchensteuergesetze von 1920</i> .....	174
Nr. 127. Kirchengesetz zur Abänderung des Kirchensteuergesetzes vom 26. Mai 1905, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengeme- inden und Parochialverbänden der Evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen (19. August 1920) .....	175
Nr. 128. Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtver- bänden, vom 14. Juli 1905 (25. November 1920) .....	176

<i>V. Die Regelung der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen Preußens</i> .....	177
Nr. 129. Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens (24. Juli 1924) .....	178
<i>VI. Die Kosten der evangelischen Kirchenbehörden in Preußen</i> .....	179
Nr. 130. Rede des preußischen Kultusministers Otto Boelitz vor dem preußischen Landtag (23. September 1924) .....	180
Nr. 131. Rede des deutschnationalen Abgeordneten Karl Koch vor dem preußischen Landtag (23. September 1924) .....	182
Nr. 132. Gesetz über die einstweilige Regelung der Kosten für die Verwaltungsbehörden der evangelischen Landeskirchen (15. Oktober 1924) .....	183
<i>VII. Die preußischen Kirchensteuergesetze von 1929</i> .....	185
Nr. 133. Kirchliche Notverordnung für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union zur Änderung des Kirchensteuerrechts (28. September 1928) .....	185
Nr. 134. Gesetz zur Änderung des Kirchensteuerrechts der evangelischen Landeskirchen (3. Mai 1929) .....	186
Nr. 135. Gesetz zur Änderung des Kirchensteuer- und Umlagerechts der katholischen Kirche (3. Mai 1929) .....	186
<i>VIII. Das religionsgesellschaftliche Steuerrecht in Bayern</i> .....	187
Nr. 136. Religionsgesellschaftliches Steuergesetz (27. Juli 1921) .....	187
<i>IX. Das württembergische Gesetz über die Kirchen</i> .....	189
Nr. 137. Gesetz über die Kirchen (3. März 1924) .....	190
<i>X. Die Kirchensteuergesetzgebung in Baden</i> .....	198
Nr. 138. Landeskirchensteuergesetz (30. Juni 1922) .....	199
Nr. 139. Ortskirchensteuergesetz (30. Juni 1922) .....	202
<i>XI. Das Steuerrecht der Religionskörperschaften in Hessen</i> .....	205
Nr. 140. Gesetz über das Besteuerungsrecht der Religionskörperschaften (14. Dezember 1928) .....	206

<i>XII. Das Steuerrecht der Religionsgesellschaften in Sachsen</i> .....	207
Nr. 141. Gesetz über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften (1. Juli 1921) .....	208
<i>XIII. Das Steuerrecht der Religionsgesellschaften in Thüringen</i> .....	209
Nr. 142. Gesetz über das Steuerrecht der Religionsgesellschaften (6. Juli 1926) .....	209
Nr. 143. Kirchensteuergesetz (20. Januar 1929) .....	210
<i>XIV. Konflikte um die kirchlichen Vermögensrechte im Freistaat Braunschweig</i> .....	213
Nr. 144. Kirchengesetz, betreffend die Errichtung einer Landeskirchenkasse (23. Februar 1922) .....	214
Nr. 145. Landesgesetz über das Steuerrecht der Religionsgesellschaften (23. Februar 1932) .....	215

## Achstes Kapitel

### Die Reichsgesetzgebung über Kindererziehung und Schule

<i>I. Das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung</i> .....	217
Nr. 146. Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung (15. Juli 1921) .....	218
<i>II. Die Reichsschulkonferenz 1920</i> .....	219
Nr. 147. Erklärung des Erzbischofs v. Hauck (Bamberg) vor der Reichsschulkonferenz (19. Juni 1920) .....	220
Nr. 148. Erklärung von fünfzig Teilnehmern der Reichsschulkonferenz (19. Juni 1920) .....	221
<i>III. Der Entwurf für ein Reichsschulgesetz von 1921</i> .....	222
Nr. 149. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zur Schulfrage (10. Februar 1921) .....	224
Nr. 150. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (22. April 1921) .....	226
Nr. 151. Kundgebung des zweiten Deutschen Evangelischen Kirchentags über die Stellung der evangelischen Kirche zur Schule (15. September 1921) .....	229
Nr. 152. Schreiben Papst Benedikts XV. an den bayerischen Episkopat (14. Oktober 1921) .....	230

Nr. 153. Schreiben Papst Benedikts XV. an die Fuldaer Bischofskonferenz (15. Oktober 1921) .....	231
Nr. 154. Protokoll der Freisinger Bischofskonferenz (5. September 1922) .....	231
<i>IV. Forderungen der deutschen Katholiken zum Reichsschulgesetz 1924</i> .....	232
Nr. 155. Petition der Zentralstelle der katholischen Schulorganisation an Reichsregierung und Reichstag (28. Mai 1924) .....	233
Nr. 156. Reichsschulgesetzentwurf des Zentrums (1924) .....	234
<i>V. Der Entwurf für ein Reichsschulgesetz von 1925</i> .....	240
Nr. 157. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Absatz 2 der Reichsverfassung (August 1925) .....	240
<i>VI. Der Entwurf für ein Reichsschulgesetz von 1926</i> .....	245
Nr. 158. Skizze des Reichsinnenministers Külz zu einem Reichsschulgesetz (1926) .....	246
<i>VII. Der Entwurf für ein Reichsschulgesetz von 1927</i> .....	250
Nr. 159. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2 und 149 der Reichsverfassung (16. Juli 1927) .....	252
Nr. 160. Begleit-Erklärung der Reichsregierung zum Entwurf für ein Reichs- schulgesetz (16. Juli 1927) .....	257
Nr. 161. Stellungnahme des Preußischen Staatsministeriums zu dem Entwurf eines Reichsvolksschulgesetzes (24. September 1927) .....	258

## Neuntes Kapitel

### Die Militärseelsorge in der Weimarer Zeit

<i>I. Die Fortführung der Militärseelsorge nach 1918</i> .....	261
Nr. 162. Beschluß des Deutschen Evangelischen Kirchentags (5. September 1919) .....	263
<i>II. Die evangelische Militärseelsorge in Bayern, Württemberg und Sachsen</i> .	263
Nr. 163. Verordnung des sächsischen Landeskonsistoriums, betreffend Vor- schriften über die evangelische Militärseelsorge im Freistaate Sachsen (23. Juli 1920) .....	263

<i>III. Die evangelische militärkirchliche Dienstordnung von 1929</i> .....	264
Nr. 164. Evangelische militärkirchliche Dienstordnung für das Reichsheer und die Reichsmarine (E. M. D.) (28. Februar 1929) .....	265
Nr. 165. Ausführungsbestimmungen zur Evangelischen militärkirchlichen Dienstordnung für das Reichsheer und die Reichsmarine (1929) .....	268

## Teil B

### Staat und katholische Kirche in der Weimarer Zeit

#### Zehntes Kapitel

##### Das Reich und die katholische Kirche in den ersten Jahren der Weimarer Republik

<i>I. Der Papst und die staatliche Neuordnung in Deutschland</i> .....	275
Nr. 166. Schreiben Papst Benedikts XV. an den Reichspräsidenten Ebert (2. April 1919) .....	276
<i>II. Die Errichtung der päpstlichen Nuntiatur in Berlin</i> .....	276
Nr. 167. Ansprache des päpstlichen Nuntius in Berlin Pacelli bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens (30. Juni 1920) .....	277
Nr. 168. Erwiderung des Reichspräsidenten Ebert auf die Ansprache des Nuntius Pacelli (30. Juni 1920) .....	278
<i>III. Die Bemühungen um ein Reichskonkordat 1920 — 1922</i> .....	279
Nr. 169. Richtlinien für das Reichskonkordat („Koch-Weser-Richtlinien“) (6. Januar 1921) .....	281
Nr. 170. Punktation des Vatikans für ein Reichskonkordat (15. November 1921) .....	282
Nr. 171. Referentenentwurf zu einem Reichskonkordat („Delbrück-Entwurf“) (Ende 1921) .....	288

#### Elftes Kapitel

##### Die deutschen Landeskonkordate

<i>I. Vorverhandlungen zum bayerischen Konkordat 1920 — 1923</i> .....	293
Nr. 172. Entwurf des Vatikans für ein bayerisches Konkordat (4. Februar 1920) .....	294



Nr. 173. Denkschrift des bayerischen Gesandten Frh. v. Ritter an den Kardinalstaatssekretär Gasparri (November 1921) .....	296
<i>II. Abschluß und Inkraftsetzung des bayerischen Konkordats</i> .....	
Nr. 174. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Bayern (29. März 1924) .....	299
Nr. 175. Regierungsbegründung zum bayerischen Konkordat und zu den Kirchenverträgen (18. November 1924) .....	306
Nr. 176. Regierungserklärung über den Vollzug des Gesetzes zu den Verträgen mit den drei christlichen Kirchen in Bayern (14. Januar 1925).....	311
Nr. 177. Gesetz zu dem Konkordate mit dem Heiligen Stuhle und den Verträgen mit den Evangelischen Kirchen (15. Januar 1925).....	313
<i>III. Der Vollzug des bayerischen Konkordats</i> .....	
Nr. 178. Vollzugsvorschrift des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu Art. 14 § 3 des bayerischen Konkordats, betreffend die Besetzung der Pfarreien (12. April 1925) .....	313
Nr. 179. Mitteilung des bayerischen Kultusministeriums, betreffend den Voll- zug des Art. 14 § 3 Satz 2 des Bayerischen Konkordats (16. Juli 1931).....	314
<i>IV. Vorverhandlungen zum preußischen Konkordat</i> .....	
Nr. 180. Erklärung des Kultusministers Becker im Hauptausschuß des preußi- schen Landtags zur Konkordatsfrage (7. Februar 1927) .....	317
Nr. 181. Beschluß der preußischen Generalsynode zur Konkordatsfrage (12. Mai 1927).....	319
Nr. 182. Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz zu den Konkordatsver- handlungen (10. August 1927) .....	320
<i>V. Abschluß und Inkraftsetzung des preußischen Konkordats</i> .....	
Nr. 183. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen (14. Juni 1929) .....	322
Nr. 184. Regierungsbegründung zu dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhle (28. Juni 1929) .....	328
Nr. 185. Gesetz zu dem Vertrag mit dem Heiligen Stuhl (3. August 1929) .....	337
Nr. 186. Note des Apostolischen Nuntius Pacelli an den Preußischen Minister- präsidenten Braun (5. August 1929) .....	337

Nr. 187. Note des Preußischen Ministerpräsidenten Braun an den Apostolischen Nuntius Pacelli (6. August 1929) .....	338
<i>VI. Der Vollzug des preußischen Konkordats</i> .....	339
Nr. 188. Die Zirkumskriptionsbulle „Pastoralis officii“ (13. August 1930) .....	339
<i>VII. Der Entwurf des sächsischen Kirchenvertrags</i> .....	345
Nr. 189. Nichtratifizierter Vertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Bistum Meißen (12./15. Januar 1929) .....	346
<i>VIII. Vorverhandlungen zum badischen Konkordat</i> .....	349
Nr. 190. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an Erzbischof Fritz, Freiburg (2. Juni 1926) .....	350
Nr. 191. Schreiben des Kultusministers Baumgartner an den Kardinalstaatssekretär Pacelli (4. Februar 1932) .....	351
Nr. 192. Antwort des Kardinalstaatssekretärs Pacelli an den Kultusminister Baumgartner (9. Februar 1932) .....	352
<i>IX. Abschluß und Inkraftsetzung des badischen Konkordats</i> .....	353
Nr. 193. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Baden (12. Oktober 1932) .....	354
Nr. 194. Schlußprotokoll zum badischen Konkordat (12. Oktober 1932) .....	359
Nr. 195. Zusatzprotokoll zum badischen Konkordat (7./10. November 1932) .....	360
Nr. 196. Regierungsbegründung zum badischen Konkordat (14. November 1932) .....	361
Nr. 197. Gesetz zu dem Vertrag (Konkordat) mit dem Heiligen Stuhl (9. Dezember 1932/10. März 1933) .....	368
Nr. 198. Bekanntmachung des Staatsministeriums über die Ratifikation des badischen Konkordats (11. März 1933) .....	368

## Zwölftes Kapitel

### Politische Ereignisse und Kräfte im Blickfeld der katholischen Kirche

<i>I. Die Programmatik der katholischen Parteien</i> .....	369
Nr. 199. Leitsätze der Zentrumsparterie (30. Dezember 1918) .....	372

Nr. 200. Aufruf des Bundes christlicher Demokraten (evangelischer Zweigverein der Zentrumspartei) (7. Januar 1919) .....	373
Nr. 201. Wahlaufuf des Reichsausschusses der Katholiken in der Deutschen nationalen Volkspartei (12. Februar 1921) .....	374
Nr. 202. Richtlinien der Zentrumspartei (16. Januar 1922) .....	375
Nr. 203. Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei (Oktober 1922) .....	379
<i>II. Die katholische Kirche und der Friedensvertrag von Versailles</i> .....	380
Nr. 204. Enzyklika Papst Benedikts XV. „Pacem Dei munus“ über die Wiederherstellung des Friedens unter den Völkern (23. Mai 1920) .....	381
Nr. 205. Ansprache des Präsidenten Konrad Adenauer zur Eröffnung des Katholikentags in München (28. August 1922) .....	385
<i>III. Die katholische Kirche und der Staat von Weimar</i> .....	386
Nr. 206. Mahnwort des Fürstbischofs von Breslau, Kardinal Bertram, zu den Wahlen in Preußen (Anfang 1921) .....	387
Nr. 207. Predigt des Erzbischofs von München-Freising, Kardinal Faulhaber, beim deutschen Katholikentag in München (27. August 1922) .....	388
Nr. 208. Schlußansprache des Präsidenten Konrad Adenauer beim Katholikentag in München (30. August 1922) .....	389
<i>IV. Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie</i> .....	390
Nr. 209. Anweisung des Fürstbischofs von Breslau, Kardinal Bertram, an den Klerus seiner Diözese (22. Dezember 1918) .....	391
Nr. 210. Hirtenbrief der Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Diözesen über den Sozialismus (8. Januar 1919) .....	392
Nr. 211. Erlaß des Bischöflichen Ordinariats Speyer über die Zulassung von Sozialdemokraten zu den Sakramenten (23. August 1920) .....	395
Nr. 212. Warnung der Fuldaer Bischofskonferenz, betreffend sozialistische und kirchenfeindliche Vereine (August 1923) .....	396
Nr. 213. Hirtenbrief des Fürstbischofs von Breslau, Kardinal Bertram, zu den bevorstehenden politischen Wahlen (1. August 1924) .....	396

<i>V. Die katholische Kirche und die Ruhrbesetzung</i> .....	398
Nr. 214. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den päpstlichen Nuntius in München und Berlin Pacelli (20. Februar 1923) .....	399
Nr. 215. Offener Brief Papst Pius XI. an den Kardinalstaatssekretär Gasparri (27. Juni 1923) .....	400
Nr. 216. Depesche des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den päpstlichen Nuntius in Berlin Pacelli (2. Juli 1923) .....	401
Nr. 217. Bericht des bayerischen Gesandten am Vatikan, v. Ritter, an das bayerische Staatsministerium (3. Juli 1923) .....	402
Nr. 218. Offiziöse Mitteilung über die Besprechungen zwischen Reichskanzler Cuno und dem päpstlichen Nuntius in Berlin, Pacelli (4./5. Juli 1923) .....	403
Nr. 219. Telegramm des Reichskanzlers Wilhelm Marx an Papst Pius XI. (Dezember 1923) .....	404
<i>VI. Die katholische Kirche und die nationalen Organisationen</i> .....	404
Nr. 220. Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz zum Beitritt in verschiedene Organisationen (19. August 1924) .....	405
Nr. 221. Gründungsaufruf des Reichs- und Heimatbunds Deutscher Katholiken (2. September 1924) .....	405
<i>VII. Die katholische Arbeitnehmer-Bewegung</i> .....	407
Nr. 222. Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und dem Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) (10. November 1919) .....	408
Nr. 223. Programm der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine Deutschlands (7. Mai 1921) .....	409
<i>VIII. Stellungnahmen des deutschen Episkopats zu den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen</i> .....	411
Nr. 224. Mahnung der Fuldaer Bischofskonferenz zum Arbeitskampf (August 1924) .....	411
Nr. 225. Erklärung der Fuldaer und der Freisinger Bischofskonferenz zur Beurteilung einer Fürstenenteignung (1. Juni 1926) .....	413
<i>IX. Die Enzyklika Papst Pius' XI. über die soziale Frage</i> .....	415
Nr. 226. Enzyklika Papst Pius XI. „Quadragesimo anno“ über die soziale Frage (15. Mai 1931) .....	416

<i>X. Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus</i> .....	437
Nr. 227. Pastorale Anweisung des bayerischen Episkopats (10. Februar 1931) .....	438
Nr. 228. Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz zur national- sozialistischen Bewegung (5. März 1931) .....	440
Nr. 229. Seelsorgeinstruktion der Fuldaer Bischofskonferenz „Cura impenda“ (5. August 1931) .....	443
Nr. 230. Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz zur NSDAP (17. August 1932) .....	454

### **Dreizehntes Kapitel**

#### **Das Reichskonkordat**

<i>I. Vorverhandlungen über das Reichskonkordat</i> .....	456
Nr. 231. Promemoria des Kardinalstaatssekretärs Pacelli für den deutschen Botschafter v. Bergen (25. Oktober 1932) .....	457
<i>II. Katholische Stellungnahmen zur Reichstagswahl vom 5. März 1933</i> .....	459
Nr. 232. Aufruf katholischer Organisationen zur Reichstagswahl (17. Februar 1933) .....	459
Nr. 233. Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz zu den Reichstagswahlen (20. Februar 1933) .....	462
<i>III. Stellungnahmen des katholischen Episkopats nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933</i> .....	462
Nr. 234. Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an den Reichspräsidenten v. Hindenburg (10. März 1933) .....	463
Nr. 235. Antwortschreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram (14. März 1933) .....	464
Nr. 236. Schreiben des Erzbischofs von Freiburg, Conrad Gröber, an den Kardinalstaatssekretär Pacelli (18. März 1933) .....	464
<i>IV. Staatliche Garantieerklärung und kirchliche Anerkennung</i> .....	466
Nr. 237. Regierungserklärung des Reichskanzlers Adolf Hitler (23. März 1933) .....	466
Nr. 238. Kundgebung der Fuldaer und Freisinger Bischofskonferenz, betref- fend die Stellungnahme der Katholiken zur nationalsozialistischen Bewe- gung (28. März 1933) .....	467

Nr. 239. Instruktion der Fuldaer Bischofskonferenz für die katholischen Geistlichen (29. März 1933) .....	468
<i>V. Erste Auseinandersetzungen um die Politik der Gleichschaltung</i> .....	469
Nr. 240. Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an Reichspräsident v. Hindenburg (6. April 1933) .....	470
Nr. 241. Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an den Reichskanzler Adolf Hitler (16. April 1933) .....	472
Nr. 242. Antwortschreiben des Reichskanzlers Adolf Hitler an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram (28. April 1933) .....	473
Nr. 243. Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an den Reichskanzler Adolf Hitler (6. Mai 1933) .....	477
Nr. 244. Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an den Reichskanzler Adolf Hitler (25. Juni 1933) .....	478
Nr. 245. Telegramm des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an den Reichskanzler Hitler und den preußischen Ministerpräsidenten Göring (4. Juli 1933) .....	480
<i>VI. Die Stellung des deutschen Episkopats zur „nationalen Revolution“</i> .....	480
Nr. 246. Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopats (3. Juni 1933) .....	480
<i>VII. Die Verhandlungen über das Reichskonkordat</i> .....	485
Nr. 247. Zweiter Entwurf des Prälaten Kaas für das Reichskonkordat (20. Mai 1933) .....	487
Nr. 248. Entwurf der Reichsregierung für das Reichskonkordat (28. Juni 1933) .....	488
Nr. 249. Note des Vizekanzlers von Papen an den Kardinalstaatssekretär Pacelli (8. Juli 1933) .....	489
Nr. 250. Erklärung des Vizekanzlers von Papen gegenüber dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (8. Juli 1933) .....	490
Nr. 251. Note des Kardinalstaatssekretärs Pacelli an den Vizekanzler von Papen (8. Juli 1933) .....	491
Nr. 252. Verfügung des Reichskanzlers Adolf Hitler (8. Juli 1933) .....	491
Nr. 253. Presseverlautbarung des Vizekanzlers von Papen (8. Juli 1933) .....	491

Nr. 254. Bericht des österreichischen Gesandten beim Vatikan ,Kohlruß, über ein Gespräch mit dem Privatsekretär des Kardinalstaatssekretärs, Pater Leiber (17. Juli 1933).....	492
<i>VIII. Die Unterzeichnung des Reichskonkordats</i> .....	495
Nr. 255. Amtlicher Kommentar der Reichsregierung zum Reichskonkordat (22. Juli 1933).....	496
Nr. 256. Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, an den Reichskanzler Adolf Hitler (22. Juli 1933).....	498
Nr. 257. Brief des Erzbischofs von München und Freising, Kardinal Faulhaber, an den Reichskanzler Adolf Hitler (24. Juli 1933).....	498
Nr. 258. Kommentar zum Reichskonkordat von Kardinalstaatssekretär Pacelli (26. Juli 1933).....	499
Nr. 259. Zweiter Kommentar zum Reichskonkordat von Kardinalstaatssekretär Pacelli (27. Juli 1933).....	502
Nr. 260. Erwiderung des Ministerialdirektors Rudolf Buttmann auf die Kommentare des Kardinalstaatssekretärs Pacelli (28. Juli 1933).....	502
<i>IX. Das Inkrafttreten des Reichskonkordats</i> .....	504
Nr. 261. Bekanntmachung der Reichsregierung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl (12. September 1933).....	505
Nr. 262. Gesetz zur Durchführung des Reichskonkordats (12. September 1933).....	505
Nr. 263. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich (20. Juli 1933).....	505
Nr. 264. Schlußprotokoll zum Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich (20. Juli 1933).....	513
Nr. 265. Geheimer Anhang zum Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich (20. Juli 1933).....	515
Nr. 266. Verständigung über die Auslegungsgrundsätze zu Artikel 31 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich (20. Juli 1933).....	516

**Teil C****Staat und evangelische Kirche in der Weimarer Zeit****Vierzehntes Kapitel****Die kirchlichen Einigungsbestrebungen**

<i>I. Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Dresden</i> .....	517
Nr. 267. Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Dresdner Kirchentags Reinhard Möller (1. September 1919) .....	518
Nr. 268. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Dresden an das deutsche evangelische Volk (5. September 1919) .....	519
Nr. 269. Beschluß des Deutschen Evangelischen Kirchentags „Kirchentag und Kirchenbund“ (5. September 1919) .....	521
<i>II. Der Deutsche Evangelische Kirchenbund</i> .....	522
Nr. 270. Begründung zum Entwurf der Bundesverfassung (1. Juli 1921) .....	523
Nr. 271. Kirchenbundesvertrag (25. Mai 1922) .....	525
Nr. 272. Verfassung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes (25. Mai 1922) .....	526

**Fünfzehntes Kapitel****Das neue Kirchenverfassungsrecht der evangelischen Landeskirchen in  
Preußen**

<i>I. Der Übergang des Kirchenregiments auf den Landeskirchenausschuß</i> ....	535
Nr. 273. Bescheid der preußischen Minister in evangelicis an den Evangeli- schen Oberkirchenrat (13. November 1919) .....	538
Nr. 274. Antwort des Evangelischen Oberkirchenrats an die preußischen Minister in evangelicis (15. Dezember 1919) .....	539
Nr. 275. Schreiben der preußischen Minister in evangelicis an den Evangeli- schen Oberkirchenrat (23. Dezember 1919) .....	540
Nr. 276. Kundgebung der preußischen Generalsynode, betreffend die bisheri- gen Träger des landesherrlichen Kirchenregiments (24. April 1920) .....	541



Nr. 277. Kirchengesetz, betreffend die Ausübung des Kirchenregiments in der Evangelischen Landeskirche der älteren preußischen Provinzen (19. Juni 1920) .....	541
Nr. 278. Staatsgesetz, betreffend die Neuregelung der Verfassung der Evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens (8. Juli 1920) .....	542
<i>II. Die vorläufige Neuregelung der kirchlichen Verfassungsverhältnisse in den neuen preußischen Provinzen</i> .....	543
Nr. 279. Gesetz über die Neuregelung der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen der neuen Provinzen Preußens (18. April 1921) .....	543
<i>III. Die Verfassung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union</i> . . . .	544
Nr. 280. Verfassungsurkunde für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union (29. September 1922) .....	545
<i>IV. Die Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins</i> .....	587
Nr. 281. Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins (30. September 1922) .....	588
<i>V. Die Hannoverschen Kirchenverfassungen</i> .....	593
Nr. 282. Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers (1. Juli 1924) .....	594
Nr. 283. Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover (24. September 1922) .....	601
<i>VI. Die Kirchenverfassungen von Hessen-Kassel, Nassau und Frankfurt</i> . . .	603
<i>VII. Die staatsgesetzliche Anerkennung der neuen Kirchenverfassungen</i> . . . .	604
Nr. 284. Staatsgesetz, betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen (8. April 1924) .....	604

## Sechzehntes Kapitel

### Das Kirchenverfassungsrecht der übrigen deutschen Landeskirchen

<i>I. Bayern</i> .....	610
Nr. 285. Verfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins (10. September 1920) .....	611

Nr. 286. Verfassung der Vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche der Pfalz (Pfälzische Landeskirche) (20. Oktober 1920) .....	621
<i>II. Württemberg</i> .....	626
Nr. 287. Kirchliches Gesetz, betreffend die Verfassung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (Kirchenverfassungsgesetz) (24. Juni 1920) .....	626
<i>III. Baden</i> .....	631
Nr. 288. Verfassung der Vereinigten evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens (12. Dezember 1919) .....	631
<i>IV. Hessen</i> .....	636
Nr. 289. Kirchengesetz, die Verfassung der Evangelischen Landeskirche in Hessen betreffend (1. Juni 1922) .....	637
<i>V. Sachsen</i> .....	643
Nr. 290. Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaats Sachsen (29. Mai 1922) .....	644
<i>VI. Thüringen</i> .....	651
Nr. 291. Verfassung der Thüringer evangelischen Kirche (10. Oktober 1924) .....	652
<i>VII. Braunschweig</i> .....	659
Nr. 292. Verfassung der Braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche (23. Januar 1922) .....	660
<i>VIII. Oldenburg</i> .....	665
Nr. 293. Verfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche des Landesteils Oldenburg (12. November 1920) .....	666
<i>IX. Die übrigen deutschen Landeskirchen</i> .....	670

**Siebzehntes Kapitel****Die evangelischen Kirchenverträge**

<i>I. Der braunschweigische Kirchenvertrag</i> .....	672
Nr. 294. Begründung zum Gesetzentwurf, die Aufhebung des Braunschweigischen Landeskonsistoriums betreffend (31. Mai 1923) .....	672
Nr. 295. Staatsgesetz über die Aufhebung des Braunschweigischen Landeskonsistoriums (8. August 1923) .....	673
Nr. 296. Vertrag zwischen dem Braunschweigischen Staat und der evangelisch-lutherischen Landeskirche (8. August 1923) .....	674
<i>II. Die bayerischen Kirchenverträge</i> .....	676
Nr. 297. Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins (15. November 1924) .....	677
Nr. 298. Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche der Pfalz (Pfälzische Landeskirche) (15. November 1924) .....	682
Nr. 299. Regierungsbegründung zu den Verträgen mit den evangelischen Kirchen (18. November 1924) .....	686
<i>III. Der Entwurf eines sächsischen Kirchenvertrags</i> .....	688
Nr. 300. Nichtratifizierter Vertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaats Sachsen (15. Januar 1929) .....	689
<i>IV. Die thüringischen Kirchenverträge</i> .....	692
Nr. 301. Thüringer Kirchenvertrag (24. August/19. September 1929) .....	692
Nr. 302. Kirchenvertrag zwischen dem Land Thüringen und der evangelisch-lutherischen Kirche in Reuß ä. L. (14. August/19. September 1929) .....	695
<i>V. Die anhaltische Vereinbarung zwischen Staat und Kirche</i> .....	697
Nr. 303. Vergleich zwischen dem Land Anhalt und der Evangelischen Landeskirche Anhalts (3. Februar 1930) .....	697
Nr. 304. Vereinbarung zwischen dem Land Anhalt und der Evangelischen Landeskirche Anhalts (18./20. März 1930) .....	698

<i>VI. Die hessische Vereinbarung zwischen Staat und Kirche</i> .....	700
Nr. 305. Vereinbarung zwischen dem hessischen Staate und der Evangelischen Landeskirche in Hessen (28. Januar/5. Februar 1930) .....	701
Nr. 306. Schiedsspruch in der Streitsache der Evangelischen Landeskirche Hessen gegen den Volksstaat Hessen (20. November 1933) .....	703
<i>VII. Der mecklenburg-schwerinsche Kirchenvertrag</i> .....	704
Nr. 307. Vertrag zwischen dem Freistaat Mecklenburg-Schwerin und der evangelisch-lutherischen Kirche von Mecklenburg-Schwerin (2. Mai 1930) .....	704
<i>VIII. Die Verhandlungen über den preußischen Kirchenvertrag</i> .....	705
Nr. 308. Schreiben der Professoren Frick, Hermelink und von Soden an die Kirchenregierungen in Wiesbaden und Kassel (16. November 1930) .....	707
<i>IX. Abschluß und Inkraftsetzung des preußischen Kirchenvertrags</i> .....	708
Nr. 309. Vertrag des Freistaates Preußen mit den Evangelischen Landeskirchen (11. Mai 1931) .....	709
Nr. 310. Schlußprotokoll zum Preußischen Kirchenvertrag (11. Mai 1931) .....	711
Nr. 311. Regierungsbegründung zum Gesetzentwurf zu dem Vertrag mit den Evangelischen Landeskirchen (2. Juni 1931) .....	714
Nr. 312. Gesetz zu dem Vertrag des Freistaats Preußen mit den Evangelischen Landeskirchen (26. Juni 1931) .....	721
<i>X. Der Vollzug des preußischen Kirchenvertrags</i> .....	721
Nr. 313. Vereinbarung der kirchlichen Verwaltungsbehörden zum 3. Absatz des Schlußprotokolls zu Artikel 11 Abs. 2 des Kirchenvertrags vom 11. Mai 1931 (31. August/2. November 1931) .....	721
<i>XI. Die Verhandlungen über den badischen Kirchenvertrag</i> .....	723
Nr. 314. Schreiben des badischen Kultusministers Remmele an den Evangelischen Oberkirchenrat (26. Mai 1930) .....	723
Nr. 315. Schreiben des Kirchenpräsidenten Wurth an den badischen Kultusminister Remmele (11. Juni 1930) .....	724

<i>XII. Abschluß und Inkraftsetzung des badischen Kirchenvertrags</i> .....	726
Nr. 316. Vertrag zwischen dem Freistaat Baden und der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens (14. November 1932) .....	727
Nr. 317. Schlußprotokoll zum badischen Kirchenvertrag (14. November 1932) .....	730
Nr. 318. Regierungsbegründung zum badischen Kirchenvertrag (14. November 1932) .....	731
Nr. 319. Erklärungen der Evangelischen Landessynode zum badischen Kirchenvertrag (23. November 1932) .....	738
Nr. 320. Gesetz zu dem Vertrag des Freistaates Baden mit der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens (9. Dezember 1932) .....	738
Nr. 321. Kirchengesetz, den Vertrag zwischen dem Freistaat Baden und der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens betreffend (10. März 1933) .....	738
Nr. 322. Bekanntmachung über die Ratifikation des badischen Kirchenvertrags (11. März 1933) .....	739

## Achtzehntes Kapitel

### **Politische Ereignisse und Kräfte im Blickfeld der evangelischen Kirche**

<i>I. Die evangelische Kirche und die Folgen des Ersten Weltkrieges</i> .....	740
Nr. 323. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchausschusses gegen die feindlichen Vergewaltigungsabsichten (14. April 1919) .....	741
Nr. 324. Ansprache der Generalsuperintendenten der altpreußischen Landeskirche zum Landestrauertag (6. Juli 1919) .....	742
Nr. 325. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentags gegen die Aburteilung des Deutschen Kaisers durch die feindlichen Mächte (5. September 1919) .....	743
Nr. 326. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an die evangelischen Gemeinden in den abzutretenden Gebieten (5. September 1919) .....	744
Nr. 327. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentags für die deutsche evangelische Heidenmission (5. September 1919) .....	744

<i>II. Die parteipolitische Neutralität der Kirche und die parteipolitische Betätigung der Pfarrer</i> .....	745
Nr. 328. Erlaß des Anhaltischen Konsistoriums, betreffend parteipolitische Betätigung der Geistlichen (15. März 1920) .....	745
Nr. 329. Beschluß der preußischen Generalsynode, betreffend parteipolitische Betätigung der Geistlichen (20. April 1920) .....	746
Nr. 330. Kundgebung der preußischen Generalsynode, betreffend die politische Neutralität der Kirche (24. April 1920) .....	746
<i>III. Die evangelische Kirche und die Ruhrbesetzung</i> .....	747
Nr. 331. Kundgebung des schwedischen Erzbischofs Söderblom und der schwedischen Bischöfe zur Ruhrbesetzung (2. Februar 1923) .....	747
Nr. 332. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an die evangelischen Kirchen des Auslandes (27. Februar 1923) .....	748
<i>IV. Bemühungen um die Gründung einer evangelischen Partei</i> .....	749
Nr. 333. Aufruf von Samuel Jäger zur Gründung christlich-sozialer Gesinnungsgruppen (13. März 1924) .....	751
Nr. 334. Voraussetzungen und Ziele der Arbeit des Christlichen Volksdienstes (13. November 1927) .....	752
Nr. 335. Aufruf des Reichsvorstandes des Christlich-Sozialen Volksdienstes an das deutsche evangelische Christenvolk (28. Dezember 1929) .....	754
<i>V. Die evangelische Kirche und die soziale Frage</i> .....	755
Nr. 336. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages an das deutsche Volk (17. Juni 1924) .....	756
Nr. 337. Leitsätze des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses für die soziale Arbeit der Kirche (5. November 1925) .....	759
<i>VI. Die Kriegsschuldfrage</i> .....	761
Nr. 338. Resolution der Deutschen Vereinigung des Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen (24. September 1924) .....	763
Nr. 339. Schreiben des Präsidenten der deutschen Delegation, Hermann Kapler, an den Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkonferenz für Praktisches Christentum (29. August 1925) .....	764

Nr. 340. Berner Erklärung des Fortsetzungsausschusses der Stockholmer Weltkonferenz für Praktisches Christentum (28. August 1926) .....	765
Nr. 341. Erklärung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zur zehnjährigen Wiederkehr des Versailler Diktats (1. Juni 1929) .....	766
<i>VII. Der Protestantismus und die Reichspräsidentenwahl 1925</i> .....	767
Nr. 342. Erklärung des Evangelischen Bundes zur Reichspräsidentenwahl (21. März 1925) .....	769
Nr. 343. Otto Baumgarten, Trotz allem — Für Marx! (7. April 1925) .....	771
Nr. 344. Aufruf des Rheinisch-Westfälischen Verbands Evangelischer Arbeitervereine (Mitte April 1925) .....	773
Nr. 345. Sammelaufruf zur Reichspräsidentenwahl (26. April 1925) .....	774
Nr. 346. Aufruf Adolf v. Harnacks an die evangelischen Deutschen für Marx als Reichspräsidenten (23. April 1925) .....	775
Nr. 347. Schreiben des schleswig-holsteinischen Landeskirchenamts an die Theologische Fakultät in Kiel (9. Mai 1925) .....	776
Nr. 348. Erklärung des Senats der Universität Kiel (Mai 1925) .....	777
Nr. 349. Interpellation der Abgeordneten Erkelenz und Genossen im Reichstag (27. Mai 1925) .....	777
Nr. 350. Ansprache des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Hermann Kapler, beim Empfang durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg (12. Juni 1925) .....	777
Nr. 351. Erwiderung des Reichspräsidenten v. Hindenburg an die Vertreter der Religionsgesellschaften (12. Juni 1925) .....	779
<i>VIII. Die Auseinandersetzungen um die Fürstenenteignung</i> .....	779
Nr. 352. Erklärung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zur Fürstenenteignung (4. Juni 1926) .....	780
Nr. 353. Aufruf des Hauptvorstandes der Religiösen Sozialisten Deutschlands (Juni 1926) .....	781
Nr. 354. Erklärung von 94 hessischen Pfarrern zur Fürstenabfindung (Juli 1926) .....	782
<i>IX. Evangelische Kirche und vaterländische Bewegung</i> .....	782
Nr. 355. Vaterländische Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Königsberg (21. Juni 1927) .....	783

<i>X. Der Fall Dehn</i> .....	785
Nr. 356. „Kirche und Völkerversöhnung“ — Vortrag von Günther Dehn in der Ulrichskirche zu Magdeburg (6. November 1928) .....	788
Nr. 357. Entschließung des Völkischen Ausschusses der Deutschnationalen Volkspartei Magdeburg-Anhalt (Dezember 1928) .....	792
Nr. 358. Bescheid des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg an Günther Dehn (22. Juli 1929) .....	793
Nr. 359. Bescheid des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg an Oberstleutnant a. D. von Bornstedt (22. Juli 1929) .....	793
Nr. 360. Votum der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg zur Berufung von Günther Dehn (26. Januar 1931) .....	794
Nr. 361. Sondervotum von Martin Dibelius zur Berufung von Günther Dehn (26. Januar 1931) .....	795
Nr. 362. Flugblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, Hochschulgruppe Halle (4. Februar 1931) .....	796
Nr. 363. Beschluß des Universitätssenats der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg, betreffend die Auflösung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hochschulgruppe Halle) (9. Februar 1931) .....	797
Nr. 364. Amtlicher Bericht über die Vollversammlung des Lehrkörpers der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg (11. November 1931) .....	799
Nr. 365. Antwort der Deutschen Studentenschaft auf die Entschließung der Vollversammlung des Lehrkörpers der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg (14. November 1931) .....	800
Nr. 366. Solidaritätserklärung von Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt mit Günther Dehn (November 1931) .....	801
Nr. 367. Erklärung von Otto Schmitz und Wilhelm Stählin zum Fall Dehn (November 1931) .....	801
Nr. 368. Kundgebung von Emanuel Hirsch und Hermann Dörries (27. Januar 1932) .....	802
Nr. 369. Begrüßung der theologischen Fakultät der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg an ihre Studenten zum Semesterbeginn (20. April 1933) .....	803
 <i>XI. Der Streit um die ökumenische Zusammenarbeit im deutschen Protestantismus</i> .....	 804
Nr. 370. Erklärung von Emanuel Hirsch und Paul Althaus über Kirche und Völkerverständigung (1. Juni 1931) .....	804



Nr. 371. Resolution der Deutschen Vorbereitungskonferenz für die Tagung des Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen (3. Juni 1931) .....	806
Nr. 372. Botschaft des Internationalen Rats des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen (4. September 1931) .....	807
<i>XII. Die parteipolitische Neutralität der Kirche in der Endphase der Weimarer Republik</i> .....	
	808
Nr. 373. Verordnung des Landeskirchenrats der Thüringer Evangelischen Kirche über die politische Betätigung der Pfarrer (23. Mai 1931) .....	808
Nr. 374. Richtlinien der Kirchenregierung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins für die politische Betätigung der Pastoren (2. November 1931) .....	810
Nr. 375. Erlaß des evangelischen Oberkirchenrates der altpreußischen Union, betreffend Kirche und Politik (21. November 1931) .....	812
Nr. 376. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zur Not der Gegenwart (26. Mai 1932) .....	814
Nr. 377. Richtlinien der evangelischen Landeskirche in Nassau, betreffend Kirche und Politik (4. August 1932) .....	815
<i>XIII. Die evangelische Kirche und der Nationalsozialismus</i> .....	
	816
Nr. 378. Walter Künneth, Die Kirche und das Dritte Reich (1932) .....	818
Nr. 379. Paul Tillich, Zehn Thesen zum Nationalsozialismus (1932) .....	819
Nr. 380. Richtlinien der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (26. Mai 1932) .....	821
Nr. 381. Das Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens (11. Januar 1933) .....	823

## Neunzehntes Kapitel

### Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche von 1933

<i>I. Die kirchenpolitischen Absichten der Regierung Hitler</i> .....	827
Nr. 382. Entschließung der Glaubensbewegung Deutsche Christen (5. April 1933) .....	827
Nr. 383. Beauftragung Ludwig Müllers zum Bevollmächtigten des Reichskanzlers für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche (25. April 1933) .....	828

Nr. 384. Erklärung des Wehrkreis Pfarrers Ludwig Müller (26. April 1933) .....	828
<i>II. Die Kirche vor der „Judenfrage“</i> .....	829
Nr. 385. Dietrich Bonhoeffer, Die Kirche vor der Judenfrage (15. April 1933) .....	830
Nr. 386. Walter Künneht, Die Kirche und die Judenfrage in Deutschland (25./26. April 1933) .....	833
<i>III. Die Gleichschaltung der evangelischen Kirchenverfassungen</i> .....	836
Nr. 387. Verordnung des Landeskirchenrates der Thüringer Evangelischen Kirche über die politische Betätigung der Pfarrer (29. April 1933) .....	836
Nr. 388. Gesetz des Landeskirchentages der Thüringer Evangelischen Kirche, betreffend die Ermächtigung des erweiterten Landeskirchenrates (5. Mai 1933) .....	836
Nr. 389. Gesetz des Landeskirchentages der Thüringer Evangelischen Kirche, betreffend den Marxismus in der Kirche (5. Mai 1933) .....	837
Nr. 390. Gesetz des erweiterten Landeskirchenrates der Thüringer Evangeli- schen Kirche, betreffend den Landesbischof (15. Juli 1933) .....	837
Nr. 391. Gesetz über die Bestellung eines Landesbischofs für die Evangelisch- lutherische Kirche in Bayern rechts des Rheins (8. Mai 1933) .....	838
Nr. 392. Gesetz über die Ermächtigung des Landesbischofs der Evangelisch- lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins zum Erlaß von Kirchenges- etzen (8. Mai 1933) .....	838
Nr. 393. Gesetz, betreffend die Übertragung der Befugnisse des Landeskir- chentages der Braunschweigischen Evangelisch-lutherischen Landeskir- che auf den Landesbischof (12. Mai 1933) .....	839
Nr. 394. Gesetz zur Ermächtigung des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (15. Mai 1933) .....	839
Nr. 395. Notverordnung der Kirchenregierung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins, betreffend die Ermächtigung für den Vorsitzenden der Kirchenregierung (22. Mai 1933) .....	840
Nr. 396. Notverordnung des Kirchensenats der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, betreffend die Bevollmächtigung des Landesbi- schofs (22. Mai 1933) .....	840
Nr. 397. Vorläufiges kirchliches Gesetz, die Verfassung der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens betreffend (1. Juni 1933) .....	841

Nr. 398. Notverordnung des Landeskonsistoriums der Evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaats Sachsen zur Ermächtigung des Landeskonsistoriums (7. Juni 1933) .....	841
Nr. 399. Kirchliches Ermächtigungsgesetz der Evangelischen Landeskirche in Hessen (28. Juni 1933) .....	842
<i>IV. Der Weg zur Deutschen Evangelischen Kirche</i> .....	842
Nr. 400. Forderungen der Glaubensbewegung Deutsche Christen (4. Mai 1933) .....	845
Nr. 401. Aufruf der jungreformatorischen Bewegung zum Neubau der Kirche (9. Mai 1933) .....	846
Nr. 402. Vereinbarung der lutherischen Bischöfe über den Zusammenschluß der lutherischen Landeskirchen Deutschlands (14. Mai 1933) .....	847
Nr. 403. Erklärung der Bischöfe der lutherischen Kirchen Deutschlands (14. Mai 1933) .....	848
Nr. 404. Richtlinien der Glaubensbewegung Deutsche Christen (16. Mai 1933) .....	848
Nr. 405. Loccumer Manifest (20. Mai 1933) .....	850
Nr. 406. Wort des Reichsbischofs von Bodelschwingh an die evangelische Christenheit in Deutschland (27. Mai 1933) .....	851
Nr. 407. Schreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg an den Reichsbischof v. Bodelschwingh (21. Juni 1933) .....	852
Nr. 408. Karl Barth, Theologische Existenz heute! (25. Juni 1933) .....	853
Nr. 409. Verfügung Ludwig Müllers zur Behebung der Notstände in Kirche und Volk (28. Juni 1933) .....	859
Nr. 410. Schreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg an den Reichskanzler Adolf Hitler (30. Juni 1933) .....	859
Nr. 411. Schreiben des Reichsinnenministers Frick an Wehrkreispfarrer Müller (30. Juni 1933) .....	860
<i>V. Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche</i> .....	860
Nr. 412. Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (11. Juli 1933) .....	861
Nr. 413. Verordnung zur Einführung der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (11. Juli 1933) .....	865

Nr. 414. Telegramm des Reichskanzlers Adolf Hitler an den Reichspräsidenten v. Hindenburg (12. Juli 1933) .....	867
Nr. 415. Begründung des Reichsinnenministeriums zum Gesetz zur Einführung der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (14. Juli 1933) .....	867
Nr. 416. Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (14. Juli 1933) .....	868
Nr. 417. Schreiben des Reichskanzlers Adolf Hitler an den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller (19. Juli 1933, veröffentlicht am 23. Juli 1933) .....	869
Nr. 418. Rundfunkansprache des Reichskanzlers Adolf Hitler zu den Kirchenwahlen (22. Juli 1933) .....	870

## Anhang

### Die Besetzung der obersten Kirchenämter in Deutschland

1918 — 1933

<i>I. Die päpstlichen Nuntiaturen in München und Berlin</i> .....	872
<i>II. Die deutschen katholischen Erzbischöfe und Bischöfe</i> .....	872
A. Metropolitanbezirk Köln .....	872
B. Metropolitanbezirk Breslau .....	874
C. Hildesheim und Osnabrück .....	875
D. Oberrheinische Kirchenprovinz .....	875
E. Metropolitanbezirk München-Freising .....	876
F. Metropolitanbezirk Bamberg .....	877
G. Vikariat Sachsen (seit 1921 Bistum Meißen) .....	878
 <i>III. Die Leitung der größeren evangelischen Landeskirchen</i> .....	 878
A. Preußen .....	878
B. Bayern .....	882
C. Die Landeskirchen der übrigen deutschen Mittelstaaten .....	882



# Teil A

## Allgemeines Staatskirchenrecht in der Weimarer Zeit

### *Erstes Kapitel*

## **Die Folgen des Staatsumsturzes für die Stellung der Kirchen**

### **I. Die Gewährleistung der Religionsfreiheit**

*Die Anerkennung der Religionsfreiheit gehört zu den tragenden Prinzipien, die die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Deutschland während des 19. Jahrhunderts geprägt haben. Die Eigenständigkeit der Kirchen in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten bildete eine wichtige Folgerung aus dem Grundrecht der Religionsfreiheit. Aus ihm wurde jedoch nicht die Notwendigkeit einer Trennung von Staat und Kirche abgeleitet; vielmehr wurde, wenn auch nun unter der Voraussetzung konfessioneller Parität, die Verbindung zwischen Staat und Kirche im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert festgehalten und weiterentwickelt.*

*Zu den weitreichenden verfassungspolitischen Problemen, die mit dem Novemberumsturz von 1918 aufgeworfen waren, zählte insbesondere die Frage, ob das überlieferte System des Verhältnisses von Staat und Kirche fortgesetzt werde. Der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918, der den weiteren Weg der Reichspolitik vorzeichnen sollte, beschränkte sich in dieser Frage auf die Gewährleistung der freien Religionsausübung und das Verbot jeden Zwangs zu religiösen Handlungen (Nr. 1). Damit waren die positive wie die negative Religionsfreiheit im Grundsatz anerkannt. Welche institutionellen Konsequenzen aus dieser Garantie der Religionsfreiheit zu ziehen seien, ließ der Rat der Volksbeauftragten offen. Damit respektierte er implizit die Zuständigkeit der Länder auf diesem Gebiet; er erwies zum anderen seine Rücksichtnahme auf den Heiligen Stuhl, auf dessen Unterstützung in der Friedensfrage die neue Reichsleitung hoffte<sup>1</sup>.*

---

<sup>1</sup> Vgl. Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 737f., 872f.

**Nr. 1. Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk**

vom 12. November 1918

(Reichs-Gesetzblatt, 1918, S. 1303)

*An das deutsche Volk!*

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben<sup>2</sup>.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsy-

---

<sup>2</sup> Damit war die Kaiserl. Verordnung über die Verhängung des Kriegszustands vom 31. Juli 1914 (Dokumente, Bd. 2, Nr. 305) aufgehoben; zum Problem der Aufhebung der bayerischen Verordnung über die Verhängung des Kriegszustands vom gleichen Tag (ebenda Nr. 306) vgl. Dokumente, Bd. 3, S. 6, Anm. 1.

stems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht<sup>3</sup>.

## II. Die Trennung von Staat und Kirche

*Während der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 (oben Nr. 1) durch kirchenpolitische Zurückhaltung bestimmt war, brachten die in den deutschen Einzelstaaten an die Macht gekommenen neuen Regierungen in ihren ersten Erklärungen zum Teil unverhüllt zum Ausdruck, daß sie die „Trennung von Staat und Kirche“ herbeiführen wollten. Damit nahmen sie eine Formel auf, die auf die Zeit der Aufklärung zurückging und in die liberale wie die sozialistische Programmatik des 19. Jahrhunderts Aufnahme gefunden hatte<sup>1</sup>. Die in sich mehrdeutige Trennungsformel wurde in den ersten Erklärungen nach der Novemberrevolution in dem Sinn verandt, daß alle institutionellen Verbindungen zwischen Staat und Kirche gelöst und die Kirchen — gemäß dem Satz des Erfurter Programms der SPD, daß Religion Privatsache sei<sup>2</sup> — in ihrer Wirksamkeit auf den Bereich des „Privaten“ begrenzt werden sollten. Die Schule galt als der Bereich, in dem vor allen anderen dem Einfluß der Kirchen ein Ende gesetzt werden müsse. Die französische Trennungsgesetzgebung von 1904/05 diente diesen Überlegungen häufig als Vorbild<sup>3</sup>.*

*Besonders nachdrücklich wurde die Trennungsforderung von der neuen preußischen Regierung erhoben. Sie war in den ersten Wochen nach der Novemberrevolution paritätisch mit Vertretern der SPD und der USPD besetzt; demgemäß erhielt das Kultusministerium in Adolph Hoffmann (USPD)<sup>4</sup> und Konrad Haenisch (SPD)<sup>5</sup>*

<sup>3</sup> Vgl. die Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (Dokumente, Bd. 3, Nr. 42).

<sup>1</sup> Vgl. W. Huber, Kirche und Öffentlichkeit (1973), S. 31ff., 522ff.

<sup>2</sup> Erfurter Programm vom 21. Oktober 1891 (Text: W. Treue, Deutsche Parteiprogramme seit 1861, 4. Aufl. 1968, S. 86f.); ebenso schon das Gothaer Programm vom Mai 1875 (Text: ebenda S. 76ff.).

<sup>3</sup> Dazu zusammenfassend: A. v. Campenhausen, Staat und Kirche in Frankreich (1962).

<sup>4</sup> Adolph Hoffmann (1858-1930), Graveur und Vergolder; seit 1880 Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen; seit 1903 Inhaber eines Sozialdemokratischen Verlags in Berlin. Seit 1900 Stadtverordneter, 1902-06 MdR; 1908-18 MdprAH. Einer der führenden Sprecher der Freidenker- und Kirchenaustrittsbewegung; seine Schrift „Die zehn Gebote und die besitzenden Klassen“ (1891) trug ihm den Namen „Zehn-Gebote-Hoffmann“ ein. Während des Ersten Weltkriegs USPD. Vom 12. November 1918 bis zum 3. Januar 1919 preuß. Kultusminister. 1920-24 erneut MdR (seit 1920 KPD, seit 1922 wieder SPD); 1928-30 MdprLT.

<sup>5</sup> Konrad Haenisch (1876-1925), zunächst Buchhändler, studierte dann Geschichte und Nationalökonomie; Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen; seit 1911 Leiter der Flugblattzentrale beim Parteivorstand in Berlin. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf dem linken Flügel der Partei; dann führender Mehrheitssozialist (Schriftleiter der „Glocke“). November 1918-März 1921 preuß. Kultusminister; 1923-25 Regierungspräsident in Wiesbaden.